

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Rentamt zu Tharandt.

für die Amtshauptmannschaft Weitzen, für das
sowie für das Forst-

Recapitulator: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Insertionspreis: Pfg. für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum, 1. Klasse Pfg., 2. Klasse Pfg., 3. Klasse Pfg., 4. Klasse Pfg., 5. Klasse Pfg., 6. Klasse Pfg., 7. Klasse Pfg., 8. Klasse Pfg., 9. Klasse Pfg., 10. Klasse Pfg., 11. Klasse Pfg., 12. Klasse Pfg., 13. Klasse Pfg., 14. Klasse Pfg., 15. Klasse Pfg., 16. Klasse Pfg., 17. Klasse Pfg., 18. Klasse Pfg., 19. Klasse Pfg., 20. Klasse Pfg., 21. Klasse Pfg., 22. Klasse Pfg., 23. Klasse Pfg., 24. Klasse Pfg., 25. Klasse Pfg., 26. Klasse Pfg., 27. Klasse Pfg., 28. Klasse Pfg., 29. Klasse Pfg., 30. Klasse Pfg., 31. Klasse Pfg., 32. Klasse Pfg., 33. Klasse Pfg., 34. Klasse Pfg., 35. Klasse Pfg., 36. Klasse Pfg., 37. Klasse Pfg., 38. Klasse Pfg., 39. Klasse Pfg., 40. Klasse Pfg., 41. Klasse Pfg., 42. Klasse Pfg., 43. Klasse Pfg., 44. Klasse Pfg., 45. Klasse Pfg., 46. Klasse Pfg., 47. Klasse Pfg., 48. Klasse Pfg., 49. Klasse Pfg., 50. Klasse Pfg., 51. Klasse Pfg., 52. Klasse Pfg., 53. Klasse Pfg., 54. Klasse Pfg., 55. Klasse Pfg., 56. Klasse Pfg., 57. Klasse Pfg., 58. Klasse Pfg., 59. Klasse Pfg., 60. Klasse Pfg., 61. Klasse Pfg., 62. Klasse Pfg., 63. Klasse Pfg., 64. Klasse Pfg., 65. Klasse Pfg., 66. Klasse Pfg., 67. Klasse Pfg., 68. Klasse Pfg., 69. Klasse Pfg., 70. Klasse Pfg., 71. Klasse Pfg., 72. Klasse Pfg., 73. Klasse Pfg., 74. Klasse Pfg., 75. Klasse Pfg., 76. Klasse Pfg., 77. Klasse Pfg., 78. Klasse Pfg., 79. Klasse Pfg., 80. Klasse Pfg., 81. Klasse Pfg., 82. Klasse Pfg., 83. Klasse Pfg., 84. Klasse Pfg., 85. Klasse Pfg., 86. Klasse Pfg., 87. Klasse Pfg., 88. Klasse Pfg., 89. Klasse Pfg., 90. Klasse Pfg., 91. Klasse Pfg., 92. Klasse Pfg., 93. Klasse Pfg., 94. Klasse Pfg., 95. Klasse Pfg., 96. Klasse Pfg., 97. Klasse Pfg., 98. Klasse Pfg., 99. Klasse Pfg., 100. Klasse Pfg.

Nr. 52

Dienstag den 4. März 1919

78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Mittwoch den 12. März 1919, vormittags 11 Uhr

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Die Tagesordnung hängt im Anmeldezimmer vom 6. März 1919 ab aus.
Weitzen, am 28. Februar 1919.

Nr. 35 1
Der Amtshauptmann.

Kesselsdorf.

Steuerreste.

Die Rückstände an Staats- und Gemeinde-Grundsteuer auf das 1. Halbjahr sowie an Schulgeld auf das 1. Vierteljahr 1919 sind binnen 8 Tagen zu bezahlen.
Kesselsdorf, am 1. März 1919.

Der Gemeindevorstand.

Waffenabgabe!

Die Frist zur Waffenabgabe läuft am 4. März 1919 ab! Auf Nichtabgabe stehen hohe Strafen. Auf die eingereichten Gesuche erfolgt noch Bescheidung.

Wilsdruff, am 3. März 1919.

Der Stadtrat.

Winzer!

Wer Lust hat, den Winzerberuf zu ergreifen, kann sich aus dem demnächst vom Verein zur Hebung des Weingewerbes in Weitzen unentgeltlich zu veranstaltenden Winzerkursus beteiligen.

Anmeldungen spätestens bis 10. März 1919 an den Leiter der Rehschule, Professor Dr. Schellenberger in Weitzen, Martinstraße 3, erbeten.

Der Vorstand
des Vereins zur Hebung des Weingewerbes.

Amtshauptmann Dr. Grille,
Vorsitzender.

Berhaftung des deutschen Bizekonsuls in Prag.

Die neue Welle.

Von allen Seiten bräut sie wieder heran, die neue Generalstreikwelle. Diesmal soll es um das Ganze gehen, um die politische Macht, um die höchste Entscheidung. Hier werden die Forderungen noch einigermaßen verhalten, dort bereits mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: die Nationalversammlung muß nach Hause gehen, die vor ihr gewählte Regierung gestürzt und an deren Stelle die Diktatur des Proletariats aufgerichtet werden. Und wer nicht willig ist, soll durch Gewalt gezwungen werden, mitzumachen, in dieser Kunst ist man mit der Zeit Meister geworden.

Die Reichsregierung ist natürlich ganz genau unterrichtet über das, was bevorsteht. Doch sie ihrerseits mit Gewalt nicht weit kommen würde, braucht ihr nicht erst andringlich vorgehalten zu werden, namentlich nicht bei der gegenwärtigen Laune der Spartakisten, die sich auf das Vordringen zur rechten Zeit und am rechten Ort ebenso gut verlassen wie auf entschlossenes Rudern da, wo es gerade gehen soll. Man weiß in Weimar ganz genau, daß die allgemeine Stimmung im Lande seit dem Zusammenbruch der Nationalversammlung sich nicht nur nicht verbessert, sondern noch erheblich verschlechtert hat, und daß in dieser Laune der stärkste und gefährlichste Kräfteverschiebung für die Parteien der alleräußersten Linken begründet ist. In Verbindung natürlich mit dem unerschütterlichen Wachsen der Arbeitslosigkeit, der unermesslichen Erschwerung unserer Ernährung. Die Regierung hat mit einer ungeheuren Fülle von Aufgaben zu kämpfen, die sich ihr alle zu gleicher Zeit aufdrängen, während im günstigsten Falle höchstens eine nach der anderen gelöst werden könnte. Und während sie ihre schwache Tatkraft heftend gern auf den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, auf die innere und äußere Erneuerung des Volkes konzentrieren möchte, wird sie durch den Gang der Dinge immer wieder von neuem gezwungen, sie zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung — und damit immer wieder gegen Arbeiter einzusetzen, die ebenfalls anderes von ihr erwartet hatten. Nichts aber kann der Arbeiter, und besonders der deutsche Arbeiter, auf die Dauer weniger vertrauen, als daß die Staatsgewalt gegen seine Berufs- und Klasseninteressen mit einseitiger Strenge zur Anwendung kommt. Inaktiv wittert er in diesem Verhalten Unterdrückungsbedeutungen, denen er sich entgegenstemmen muß, gleichviel ob die Urheber der Staatsgewalt im übrigen sein Vertrauen genießen oder nicht. Diese Empfindungen werden augenblicklich von selbstbewußten Agitatoren mit äußerster Rührkraft genährt und ausgebeutet, und so kommt es, daß die Verwirrung in der mehrheitssozialistischen Gefolgschaft der Reichsregierung immer größeren Umfang annimmt. Diese sieht sich in einen wahrhaft verhängnisvollen Kreislauf besten Willens und seiner Umkehrung in daß und Zwietracht verstrickt. Wer kann da wissen, wie lange sie sich noch stark genug fühlen wird, den Kampf gegen widrige Mächte des Schicksals fortzuführen?

Fürs erste hat sie die Eröffnung der preussischen Nationalversammlung, die für den 5. März in Aussicht genommen war, auf unbestimmte Zeit verschoben. Es geht nämlich allgemein, daß spätestens bis zu diesem Tage der Generalstreik auch in Berlin durchgeführt sein sollte, und da die Münchener Erfahrungen deutlich genug warnten, wollte man es auf eine Wiederholung dieses Schicksals in der Reichs- und Landesparlamentarität nicht ankommen lassen. Für Spartakus indessen ein erster wichtiger Erfolg, den er nicht verfehlen wird als un-

leugbare Probe seiner Macht vor aller Welt ins rechte Licht zu setzen. Zu gleicher Zeit ist in Braunschweig das Abkommen mit den Mehrheitssozialisten gebrochen und die reine und nackte Räterepublik ausgerufen worden. In München ist man noch nicht ganz so weit, die Verhältnisse treiben indessen auch in Bayern mehr und mehr dieser Entscheidung und damit dem offenen Bürgerkrieg zu. In Sachsen ist der Kampf gleichfalls schon im Gange. Bleibt Berlin, das vorläufig immer noch das Reich ist. Hier steht der Volksrat der USRäte alle Hebel in Bewegung, um dem Ziele näherzukommen. Am 2. Dezember erst neu gewählt, hat er jetzt abermals eine Neuwahl erzwungen, die zu seiner weiteren Radikalisierung führen mußte. Trotzdem beginnt man auch die Mehrheitssozialdemokratie immer stärker mit dem Räteystem zu neigen, in der sehr begrenzten Hoffnung, es mit den Grundrissen der Demokratie, von denen sie sich unter keinen Umständen abdrängen lassen will, versöhnen zu können. Das kann aber bestenfalls nur Kompromisse ergeben — auf Kosten derjenigen Partei natürlich, die sich in der Macht befindet. Spartakus würde dann die so errungene Stärkung seiner Position sofort zu neuen Vorstößen gegen den alten Gegner ausnutzen, und der Kampf würde weitergehen, unter nunmehr für ihn noch günstigeren gewordenen Bedingungen. Denn seine Parole lautet: alle Macht den USRäten; da ist für Demokratie und Nationalversammlung kein Raum.

Das ist die Lage, der die Reichsregierung sich gegenüberüberblickt. Wird sie kämpfen, wird sie verhandeln? Wir stehen abermals vor schweren inneren Erschütterungen. Niemand kann wissen, wie Deutschland aus ihnen hervorgehen wird.

Streiks und Putsch allerorten.

In Sachsen ist die Lage auch am dritten Streiktag unverändert geblieben. Während sich in kleineren Städten die Mehrheit der Arbeiter mit Erfolg gegen den Generalstreik erklärte, hielt sich in vielen Ortschaften die Lage immer mehr zu. In Dresden fanden große Arbeitslosenversammlungen statt, der Versuch, das Elektrizitätswerk stillzuliegen, scheiterte. In Thüringen gewinnt die Streikbewegung an Ausdehnung. Suhl, Greis, Reiz und andere Industrieorte stehen im Streik. Auch in Weimar hat der Generalstreik begonnen. In Eisenach kam es zu blutigen Kämpfen, als Aufrührer sich der Kaserne und des Postamtes zu bemächtigen versuchten. Auch aus Norddeutschland kommen Meldungen von Unruhen und Streikbewegungen. In Thorn veranstalteten Arbeiter und entlassene Soldaten eine Kundgebung, in deren Verlauf es zu einem Feuergefecht mit den Regierungstruppen kam. In Hamburg endlich drohen die Eisenbahner mit dem Generalstreik, wenn ihnen nicht sofort eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mark gezahlt wird.

Ein Kompromiß in Bayern.

Das Verfassungsprovisorium.

München, 1. März.

Im Rätekongress hat man sich auf ein Kompromiß geeinigt und folgenden Antrag angenommen: Der Landtag bleibt vorerst vertagt, die Tagung des provisorischen Nationalrats wird für geschlossen erklärt. Aber den Termin der Wiedereinberufung des Landtags entscheidet das provisorische Ministerium in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuss. Die jetzige Tagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellt den provisorischen

Nationalrat des freien Volksstaates Bayern dar. Der zur Wahrnehmung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuss besteht aus 33 Mitgliedern. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen siebenköpfigen Zentralkomitee, dessen Mitglieder wieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird dem gesamten Volke das am 4. Februar 1919 proklamierte Staatsgrundgesetz zur Abstimmung vorgelegt. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern wird von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuss ausgearbeitet und dem gesamten Volk zur Entscheidung vorgelegt. Der Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte wählt ein neues Ministerium unter Einwirkung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsminister. Das gesamte Ministerium soll dem Zentralkomitee bzw. dem provisorischen Nationalrat verantwortlich sein.

Absonderungsbestrebungen der Westschwaben.

Augsburg. Infolge der unklaren Lage, die in Bayern zur Anarchie hinneigt, machen sich in Westschwaben Absonderungsbestrebungen von Bayern bemerkbar. Es haben bereits Verhandlungen mit württembergischen Kreisen stattgefunden. Es wird an einen Anschlag Westschwabens an Württemberg gedacht.

Straßenkämpfe in München.

Bewien geschnitten.

München, 1. März.

Die Lage ist so verworren und gefährlich wie noch nie. Mehrere Spartakistenführer sind verhaftet worden. Der Kommunist Dr. Lewien soll geschnitten sein. Man befürchtet, daß die Spartakisten jeden Augenblick losbrechen werden. Auf der Theresienwiese fanden große Arbeiterdemonstrationen statt, an denen auch drei Kompanien Soldaten teilnahmen. Bisherig erklärten die Kompanien, die legitim auf eigene Faust die Verhaftungen im Rätekongress vorgenommen hat, und eröffnete das Feuer auf die Menge. Es wurden drei Personen getötet und neun verletzt.

Berhaftung des deutschen Bizekonsuls in Prag.

Angeblicher „Sowjerratt“.

Prag, 1. März.

Der deutsche Bizekonsul Dr. Schwarz in Prag wurde von den Tschechen unter der Beschuldigung des Sowjerrats verhaftet, weil er verurteilt hatte, 80 000 Stück einer die „Loslösung“ Deutsch-Böhmens vom tschechoslowakischen Staat betreibenden Agitationschrift durch den Konsulatskurier über die Grenze zu bringen. Dem Kurier wurden diese Schriften, meist Sprachenarten der tschechoslowakischen Länder, bei der Finanzrevision abgenommen. Außerdem wird Dr. Schwarz zur Last gelegt, eine Beamtin des amtlichen tschechoslowakischen Pressebüros in der Prager Burg bestochen zu haben, ihm jenes Material mitzuteilen, das von dem tschechoslowakischen Nachrichtenbureau nicht ausgegeben oder unredigiert wird. Schwarz soll dieses Material Wiener Depeschagenturen und Prager deutschen Blättern mitgeteilt haben. Die genannte Beamtin, ein Fräulein Ballan, sowie der Konsulatskurier und einige andere Personen wurden gleichfalls in Haft genommen.